

Telegramm

an alle Kampfbandenstaffeln und roten Massenselbstschutz

antifaschisten! Gefahr im Verzug! japanische militärkamarilla greift sozialistisches vaterland des weltproletariats an.

auch wir müssen mobilisieren. macht alle Arbeiter, alle antifaschisten deutschlands mobil. verhindert kriegsproduktion und -transporte. verteidigt sowjetunion durch revolutionäre massenaktionen in betrieb stempelstelle wohngebiet gegen hunger und faschismus. schlägt die deutschen „schwarzen drachen“. kämpft gegen die drohende faschistische generalsdiktatur. bildet die rote einheitsfront zum sturz des kapitalismus und für aufriechtung sozialistischen weltfriedens.

steigert antifaschistische massenkampagne: unsere antwort an groener severing und hitler. macht mobil! bereitet vor drittem juni, den fünfzehnten jahrestag der weltfriedensmanifestation der russischen sowjets! an diesem tage demonstrieren alle antifaschisten deutschlands kampfbereitschaft für verteidigung der sozialistischen sowjetunion!

sturmbereit!

reichsleitung des kampfbundes und der kampfbundjugend gegen den faschismus

Kraft" angehört habe. Dieser Kriegsschwindel ist im Falle Gorkulow völlig zusammengebrochen. Aber vielleicht kann morgen schon eine besser vorbereitete weißgardistische Provokation irgendwo erfolgen, wobei von den skrupellos zusammenarbeitenden Generalführern und Weißgardisten auch rechtzeitig die „Ausgabe“ eines „hochwissenschaftlichen Agenten“ vorbereitet sein wird.

Wie die II. Internationale in der gegenwärtigen kriegsdrohenden Situation die weißgardistischen Provokateure der Generalführer unter ihre Fittiche nimmt, zeigt Leon Blum, der Führer der französischen Sozialdemokratie. Er erklärte nach der Ermordung Doumers:

„Wir unferneits würden uns schämen, wenn wir die Erklärung dieses Verhältnisses zur Entschuldig der Empörung der öffentlichen Meinung gegen die russischen Weißgardisten missbrauchen würden, obwohl die militärischen Organisationen dieser Weißgardisten selbstamerweise toleriert werden.“

Auch in Berlin der Severing und Grzesinski existieren unbehindert die antisowjetischen Mordformationen der extremsten Weißgardisten, die in enger Verbindung mit den Spitzen der deutschen faschistischen Reaktion arbeiten. Die Gorkulows aller Länder marschieren Schulter an Schulter mit den deutschen Hitlern, mit dem imperialistischen Frankreich und mit dem japanischen „Schwarzen Drachen“ für den heiligen Kreuzzug gegen die Sowjetmacht. Der gestrige „Angriff“ spricht daher offen unter der Überschrift „Japan nationalsozialistisch“ von den Forderungen des „jungen japanischen Nationalsozialismus“ auf „ein scharfes aktives Eingreifen auf dem asiatischen Kontinent und Einverleibung weiterer Festlandsgebiete in das japanische Reich“. Die Nazis solidarisieren sich völlig mit den japanischen Fluggeneralen und den Mördern vom „Schwarzen Drachen“. Die Naziführer zeigen wieder ihre Rolle als Landsknechte des Weltkapitals gegen das erste Land des Sozialismus.

Der imperialistische Krieg ist für die Bourgeoisie ein „Ausweg“ aus der Krise. Der andere Weg, aus der Krise durch die gesteigerte Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse herauszukommen, erweist sich angesichts der Schwere der Krise als ein immer schwieriger und langwieriger werdender Weg, der nicht schnell genug zum Ziel führt. Die Bourgeoisie verzichtet nicht auf diesen Weg, sie verläßt beide Wege. Sie hat zur Sicherung dieser Wege die faschistische Konterrevolution herangezogen. Aber diese faschistische Konterrevolution begnügt sich nicht mit der Rolle des Sklaventreibers und Henkers am Proletariat. Sie wird mit zunehmender Kraft des neuen imperialistischen Krieges um die Neuauflösung der Welt. Diese Konterrevolution wächst in allen kapitalistischen Ländern heran, von einander unterschieden nur durch die besonderen Bedingungen eines jeden kapitalistischen Landes und durch die Tatsache, daß sie die imperialistischen Ansprüche und Forderungen ihrer Bourgeoisie verkündet. Aber in dem einen Punkte, in dem Punkte der Kriegstreiberie gegen die Sowjetunion, gibt es kaum noch Meinungsverschiedenheiten und Differenzen unter ihnen.

Es ist die Internationale der Kriegstreiber, der Provokateure, die in jedem kapitalistischen Lande vertreten ist, die ihre stützige Mörderfaust erhebt und das Tempo der Entwicklung des imperialistischen Krieges durch Revoluzzergebnisse zu beschleunigen bestrebt ist.

Im Kampfe gegen die aktuell drohende Kriegsgefahr ist bisher Vieles unterlassen worden. Munitions- und Rüstungstransporte für den japanischen Imperialismus sind aus Deutschland abgegangen, ohne durch Aktionen des Proletariats verhindert zu werden. Der Ernst der Situation, die drohende Kriegsgefahr, ist der Arbeiterklasse nicht in der ganzen Größe zum Bewußtsein gekommen. Die Sozialdemokratie hat durch Leugnen und Verschweigen dieser Kriegsgefahr den Imperialisten geholfen, den Krieg vorzubereiten. Um so größere Aufgaben haben die Kommunisten in der gegenwärtigen Situation zu erfüllen. Sie haben die ganze Verantwortung, die Arbeiterklasse zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu mobilisieren.

Die Kampforderungen der KPD.

Außerhalb und innerhalb des Parlaments nur für die Klasseninteressen des Proletariats

Nazi- und SPD-Führer befinden sich in einem Wettstreit der Voraussetzungen, wie die Kommunisten wohl am 24. Mai im Landtag abstimmen würden. Die Nazi-Führer, diese Todfeinde des arbeitenden Volkes, diese ausgehauenen Agenten des Finanzkapitals, rechnen dabei wie echte parlamentarische Schieber hin und her. Die sozialdemokratischen Führer tun das Gleiche.

Die SPD-Führer, die überall das „Hexenjucken“ der Nazis propagieren, wollen betrügerisch die Aufmerksamkeit der arbeitenden Massen auf die Parlamentsabstimmung bei der Geschäftsordnung im Landtag am 24. Mai lenken. Die SPD-Führer wollen die Aufmerksamkeit der Arbeiter vom außerparlamentarischen Kampf ablenken. Sie schweigen gleichzeitig zu den dringendsten Lebensforderungen der Arbeiter.

Es ist zu plump, wenn der „Vorwärts“ uns Kommunisten eine Hilfeleistung bei der Wahl eines Reichspräsidenten anhängen will. Es brauchten im neuen Landtag ja nur das Zentrum und die SPD. sich neben der KPD. der Stimme zu enthalten, und kein nationalsozialistischer Ministerpräsident könnte gewählt werden. Aber parlamentarische Abstimmungen sind untergeordnet. Entscheidend für uns Kommunisten ist der außerparlamentarische Appell an die Massen, die Mobilisierung gegen den faschistischen Terror und gegen die neuen sozialen Angriffe der Kapitalistenklasse zu verstärken.

Wir wenden uns an die sozialdemokratischen Arbeiter, die kämpfende rote Einheitsfront als einzige Garantie des Sieges über den Faschismus gemeinsam mit den kommunistischen und parteilosen Arbeitern zu bilden. Wir stellen in den Betrieben, an den Stempelstellen die Forderungen der kommunistischen Landtagsfraktion zur Diskussion. Wir sagen den Arbeitern offen, daß nur im Kampfe diese Forderungen verwirklicht werden können.

Es wäre gut, wenn der „Vorwärts“ mehr über die Stellungnahme der neuen sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu unseren Forderungen auf Aufhebung des NSD-Verbot, des Freidenkerverbotes, des Demonstrationsverbotes und der Notverordnungen in Preußen sagen würde! Fürchtet er die vorzeitige Entlarvung der weiterhin notverordnungsstreuen Politik der SPD? Es wäre auch gut, wenn der „Vorwärts“ etwas offener vom Festschacher zwischen Nazis und SPD. bei der Präsidentenwahl im Anhaltischen Landtag erzählen würde.

Die KPD. läßt sich außerhalb und innerhalb des Parlaments nur von den Klassen- und Kampfinteressen der Arbeiterklasse leiten.

Seelente-Weltkongress verboten

Kampf gegen den imperialistischen Krieg soll verhindert werden

Sachsen erhalten wie die alarmierende Nachricht, daß der Internationale Kongress der Seelente, Binnen schiffer und Hafenarbeiter, der am 20. Mai in Altona stattfinden sollte und zu dem überall das Seeproletariat Delegierte gewählt hätte, durch den Polizeipräsidenten verboten worden ist. Da dieser Kongress vor allem auch zur Organisation des internationalen Kampfes der Arbeiterklasse gegen die ständig wachsende Kriegsgefahr Stellung nehmen sollte, ist dieses Verbot ein Schlag der deutschen Bourgeoisie gegen den Kampf der Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg.

Gleichzeitig zeigt dieses Verbot, in welchem Maße die Ent-

wicklung zur faschistischen Diktatur in Deutschland vorgeschritten ist. Wie oft schrieb noch vor kurzem der „Vorwärts“, daß wir eigentlich in Deutschland den Zustand vollendeter Demokratie genießen, da doch selbst die Kommunisten ihre Versammlungen abhalten könnten. Jetzt wird im Reich des preussischen Innenministers Severing ein internationaler gewerkschaftlicher Kongress verboten.

In allen Betrieben, in allen Stempelstellen, in allen Gewerkschaften und sonstigen proletarischen Massenorganisationen muß sich sofort ein Protesttum gegen diese Maßnahme erheben. In Betriebsversammlungen, Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen gilt es, sofort Protestbeschlüsse zu fassen!

Erfolgreiche Erwerbslosentämpfe

Erwerbslose erkämpfen die volle Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung

Erfurt, 18. Mai. In Waltershausen sollte am 18. Mai erneut die um 10 Prozent gekürzte Erwerbslosenunterstützung zur Auszahlung kommen. Die Wohlfahrtsempfänger verzweigten die Annahme und demonstrieren vor dem Rathaus. Unter dem Druck und den energischen Forderungen der Wohlfahrtsempfänger sah sich die Behörde veranlaßt, die Unter-

stützung voll auszuzahlen.

Auch in Friedrichroda sollte die gekürzte Erwerbslosenunterstützung zur Auszahlung kommen; auch hier versammel-

ten sich die Erwerbslosen vor dem Rathaus und wählten ein Einheitskomitee aus Mitgliedern der SPD. und KPD. und einem Nationalsozialisten. Dieses Komitee verlangte vom Bürgermeister im Auftrage der Erwerbslosen die Auszahlung der vollen Unterstüzung. Unter dem Druck der demonstrierenden Erwerbslosen und der Sympathie, die weite Kreise der Bevölkerung für die Wohlfahrtsempfänger offen zum Ausdruck brachten, wurde die volle Unterstüzung ausgezahlt.

Kassel, 18. Mai. Zu Hunderten waren die Kasseler Erwerbslosen auf das Rathaus gekommen, um die von der Stadtverordnetenversammlung bewilligte Extrabeihilfe abzuholen. Der Magistrat, der ursprünglich diesen Beschluß nicht durchführen wollte, sah sich unter dem Druck der versammelten Erwerbslosen gezwungen, sofort einen Betrag von 2 Mark für Ehepaare und einen Zuschlag für jedes Kind von 50 Pfennig auszuzahlen.

Auf allen Baustellen stehen die städtischen Fürsorgearbeiter seit Sonnabend früh im Streik. In dem einheitlichen Kampfschritt zeigen sowohl kommunistische als auch sozialdemokratische und parteilose Arbeiter.

Chemnitz, 18. Mai. (Sig. Drahtmeldung.) Kurz vor Pfingsten und auch in den Tagen nach Pfingsten kam es zu gewaltigen Massenunruhen der Erwerbslosen in Plauen. Am Pfingstsonnabend kam es auf dem Altmarkt zu einer Ansammlung von mehr als 1000 Erwerbslosen. Unter dem Druck der Massen wurden von dem Wohlfahrtsamt teilweise Zuschläge zur Unterstüzung in Form von Lebensmitteln bewilligt. Bis in den späten Abend hinein ertönte Sprechdör: „Wir wollen Arbeit und Brot!“ Im Verlauf dieser Kundgebungen kam es auch zu Massendiskussionen mit Polizeibeamten, von denen ein großer Teil davon Abstand nahm, in der sonst gewohnten Brutalität gegen die Erwerbslosen vorzugehen. Während der heutigen Stadtverordnetenversammlung kam es erneut zu Massenansammlungen und Kundgebungen der Erwerbslosen.

Erwerbslose im Kampf gegen Zwangsarbeit

Bamberg, 18. Mai. In Oberfranken stehen seit dem 27. April über 1500 Arbeitslose im Streik gegen Pflichtarbeit. Unter dem Druck der wehrfähigen Bevölkerung ließ der SPD-Bürgermeister die Pflichtarbeit einstellen. Am 12. Mai verurteilte der SPD-Magistrat erneut die Durchführung der Pflichtarbeit, ließ jedoch wiederum auf den geschlossenen Widerstand der Erwerbslosen. Die Erwerbslosen sind entschlossen, die eudäglückliche Abschaffung der Zwangsarbeit durchzusetzen.

Das „kleinere Uebel“



„Siehste, det kleinere Uebel hat uns diese Einheitsfront beschert — jetzt müssen wir endlich unsere rote Einheitsfront formieren!“

Abrechnung mit den Nazis

Ueberfüllte Versammlung im Pharusaal

Die gestrige Massenversammlung der KPD. im großen Pharusaal am Webbing, die Abrechnung hielt mit der arbeitereindlichen Politik der NSDAP, war überfüllt und wurde polizeilich geschlossen.

Genosse Neubauer wurde in seinem Referat wiederholt von starkem Beifall unterbrochen. Er rechnete ab mit dem Wahlschwindel der Nazis, daß sie gegen das System seien und einfach nach der Wahl durch Koalition mit dem Zentrum in das System hinein wollen. Er wies weiter nach, daß die Nazis für den Youngplan und für die Kapitalisten sind. Das ganze Programm der Nazis, das Straker im Reichstag entwickelte, dient dazu, den alten Schwindel des NSDAP. zur Arbeitsbeschaffung wieder aufzuwärmen und die Arbeitsdienstplicht einzuführen.

Von der NSDAP sprach Bürger, dem eine Stunde Redezeit gewährt wurde. Er brachte aber zum Schluß gleich 250 SA-

leute mit. Dauernde Zwischenrufe unterbrachen ihn, vor allem Hinweise auf Felsen. Die Arbeiter bewiesen, daß sie den neuen Schwindel vom Sozialismus, den Bürger vom Stapel ließ, durchschauen und bekämpfen.

Die Versammlung dauert bei Redaktionschluß noch an.

Die politischen Zeitungsoblenke tagen

Gestern fand in den Sophienböden die vorbereitende Konferenz zum ersten Generalsappell der politischen Zeitungsoblenke statt. Im Mittelpunkt des Referats des Genossen Wehner vor der Organabteilung des Zentralkomitees standen die Aufgaben der KPD. im Kampf um die Formierung der roten Einheitsfront gegen Krieg, Faschismus, Lohn- und Gehaltsabbau. Er forderte auf zu einer stärkeren Verbindung für die revolutionäre Presse unter den Betriebsarbeitern, Erwerbslosen, sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeitern. An konkreten Beispielen wies er nach, wie unsere Genossen die Presseverbindung durchzuführen müssen. Die Diskussionsredner unterstützten seine Ausführungen. Wir bringen morgen einen ausführlichen Bericht.